

Frauen leben länger – aber wovon? Wege aus der Altersarmut. Mainz, Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung, 29.8.2012

Evangelische Frauen thematisieren mangelnde Berücksichtigung frauenspezifischer Lebens- und Erwerbsverläufe im Rentensystem

Referentinnen aus fünf Arbeitsfeldern der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (Fachstellen Bildung und Gesellschaftliche Verantwortung im Dekanat Mainz, Zentren Bildung und Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN sowie Verband Evangelische Frauen in Hessen und Nassau e.V.) nahmen sich nun dieses brisanten Themas an. Sie luden am 29. 08. 2012 gemeinsam mit der rheinland-pfälzischen Referentin für Frauen und Gleichstellungspolitik des Deutschen Gewerkschaftsbundes zu der ganztägigen Veranstaltung „Frauen leben länger – aber wovon? Wege aus der Armut“ nach Mainz ein.

Die Sozialwissenschaftlerin Prof. Dr. em. Barbara Riedmüller bestätigte auf der Grundlage ihrer Forschungsergebnisse einmal mehr, dass das zukünftige Rentenniveau von Frauen trotz gestiegener Frauenerwerbsarbeit weiter sinken wird. Als ursächlich hierfür nannte sie insbesondere die Zunahme von Teilzeitjobs, die Ausweitung des Niedriglohnssektors sowie die Absenkung des allgemeinen Rentenniveaus durch die im Jahr 2000 erfolgte Rentenreform. Schon jetzt beläuft sich die durchschnittliche Rente für westdeutsche Frauen auf lediglich 502. € (2010). Sie betonte nachdrücklich: „In Sachen eigenständige Alterssicherung gibt es für Frauen keine Alternative zur Erwerbsarbeit!“

In drei Workshops diskutierten die 44 TeilnehmerInnen aus unterschiedlichen Unternehmen, Sozialverbänden, Sozialen Einrichtungen und den Sozialministerien zu den Schwerpunktthemen Private und gesetzliche Altersvorsorge für Frauen, Arbeitsmarkt und Existenzsicherung sowie Rentenmodelle und ihre Finanzierung.

Kritisch betrachtet wurde hierbei insbesondere die von der Bundesregierung geplante Absenkung des Rentenbeitrages vor dem Hintergrund der bereits beschlossenen Absenkung des Rentenniveaus bis 2030 von gegenwärtig 51 Prozent auf 43 Prozent des durchschnittlichen Nettolohnes. Auch das Vorhaben, Mini-Renten durch Zuschussrenten attraktiver zu gestalten, erschien den Fachfrauen schon aufgrund der sehr hohen Zugangsbarrieren keineswegs als Königsweg, um der Altersarmut von Frauen entgegenzuwirken.

Josefine Holzhäuser (Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz) Isaf Gün (IG Metall-Vorstand Frankfurt) und Susanne Wagner (DGB Rheinland-Pfalz) stellten in Gruppen erarbeitete alternative Ansätze zur Überwindung von Altersarmut und daraus erwachsende Forderungen an die Politik vor.

Dazu gehörten an erster Stelle existenzsichernde Erwerbsarbeitsverhältnisse mit Mindestlohn und Mindestrente. Arbeitsbedingungen und deren Rahmung müssten sich so ändern, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch von Frauen und Männern gelebt werden kann. Betreuungsgeld sei der falsche Ansatz. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit und gerechte Entlohnung insbesondere im Care-Bereich zählten zu den weiteren Forderungen.

Gisela Bill nahm dieses Forderungspaket als Vorsitzende des rheinland-pfälzischen Frauenrates entgegen. Es sei ein Skandal, so kommentierte sie, dass auch die Politik grundsätzlich wider besseres Wissen nach wie vor an der „Versorgerehe“ festhalte. Ganz oben müssten strukturelle Veränderungen stehen, die gesetzlich zu verankern seien. Neue zukunftsfähige Konzepte seien gefragt wie z. B. das Bedingungslose Grundeinkommen.

Gisela Apitzsch, M.A.. Referentin Gesellschaftliche Verantwortung, Evangelisches Dekanat Mainz
Kristin Flach-Köhler, Verbandsreferentin des Verbands Evangelische Frauen in Hessen und Nassau e. V.
Dr. Christiane Wessels, Referentin Erwachsenenbildung und Familienbildung im Zentrum Bildung der EKHN